

# Neueste Nachrichten

**Gelesenste und verbreitetste Tageszeitung der Kgl. Haupt- und Residenzstadt Dresden und der Vororte.**  
Unparteiische, unabhängige Zeitung für Jedermann.

**Anzeigen-Preis:**  
Die einseitige Pettzeile 30 Pf., im Reclametheil 50 Pf.  
Gesamtpetition: Viktoriastraße 49.  
Fernsprecher Amt I, Nr. 2897.  
Die Abrechnung nicht bezahlter Manuscripte bestimmt die Redaktion keine Verbindlichkeit.

**Bezugs-Preis:**  
Durch die Post vierteljährlich Mk. 1.50, mit „Dresdner fliegende Blätter“ Mk. 1.90, für Dresden u. Vororte monatlich 50 Pf., mit Wochblatt 60 Pf.  
Für Verh. - ung. viertel. Pf. 1.80 resp. 1.02.  
Deutsche Preisliste: Nr. 4918, Osterr. 2580.

Die heutige Nummer enthält 12 Seiten

Bestellen Sie, bitte, für October ein Probe-Abonnement auf die „Neuesten Nachrichten“.  
Der Abonnements-Preis beträgt für Dresden und Vororte (ohne Wochblatt) nur

### 50 Pf.,

für andere Provinz-Gebiete (ohne Wochblatt) 65 Pf. monatlich frei im's Haus.

## Fürst Bismarck und Madagaskar.

Am Ende vorigen Jahres die Franzosen die Vorbereitungen zum Freiweg auf Madagaskar traf, ließ ein in Berlin begehrteter Vertreter einer Frankreichs demoralen wenig wohlgearteten europäischen Großmacht eines Tages bei einem Diner die Neuherausfallen, der Krieg dürfte die französische Nation vorläufig eine Milliarde Franken kosten. Diese Prophezeiung enthält scheinbar eine Uebertreibung. Denn mit der Besetzung Tananariv werden die Kämpfe nicht nur nicht beendet sein, sondern noch recht beginnen, und ein jahrelanger Guerillakrieg gegen die Schtrickstränge gehört nicht zu den Unmöglichkeitsten. Jedenfalls wird noch eine lange Zeit vergehen, bis sich Frankreich des ruhigen Besitzes der schönen, fruchtbarsten und reichen Insel erfreuen kann. Die Bemühungen Frankreichs um diesen Besitz sind ein Vierteljahrtausend alt, denn schon zu den Zeiten Heinrich IV. und Kesselius ward Madagaskar zum ersten Mal (i. J. 1642) von Frankreich annektirt. Nach mannigfachen Wechseln und nach dem das Elend vordringende Besitz der Engländer gewesen, wurde heute den Wiberstand der Hovas führen und organisieren, ward erst 1885 jener Protectoratsvertrag abgeschlossen, für dessen Aufrechterhaltung Frankreich jetzt mit den Waffen einsteigen muß. Die Thatsache, daß die Franzosen Jahrzehnte und Jahrhunderte vergehen lassen, ehe sie ihre Besitzrechte wirklich zur Geltung bringen, hat mehrfach die Aufmerksamkeit anderer Mächte auf die Insel gelenkt. Auch Fürst Bismarck hat die entfernteste Möglichkeit, Madagaskar in deutschen Besitz zu bringen, in Erwägung gezogen, wenn auch dieser Gedanke schwerlich jemals Gegenstand aktueller Erwägungen gewesen ist. Ein führender Staatsmann mit dem weitesten Blick eines Bismarck läßt seine Ideen wohl oft auch in Regionen schweifen, die den Augen eines gewöhnlichen Sterblichen verschlossen sind.

Es war etwa anderthalb Jahre nach dem Rücktritt des Reichskanzlers, als zwei sehr bekannte Afrikaner, von denen der eine heute eine der hervorragendsten Stellungen im Reichscolonialministerium bekleidet, als Gäste in Friedrichshagen weilten. Beim Münchener Bier nach dem Abendessen, als der Fürst sich die lange Weife angelehnt hatte, besprach man die Zukunft unserer Colonien, insbesondere Ostafrikas; man erörterte die Folgen des von Caprioli abgeschlossenen deutsch-englischen Vertrages, dem wir für den Preis von Sanibar die Wiedererwerbung von Helgoland verdankten; speciel drehte sich das Gespräch um die Mittel und Wege, die Restrukturierung des Deutschen Reiches anzugehen, als der Fürst die Angelegenheit der Deutschafrika haben würde, wieder gutzumachen. Da entwickelte der Reichskanzler eine ebenso merkwürdige wie geniale Idee, die das Interesse aller Anwesenden auf's Lebhafteste fesselte. Er erzählte, daß ihm mandhmal der Gedanke gekommen sei, Deutschafrika nicht als ewigen deutschen Besitz, sondern als ein Object zu betrachten, mit welchem Deutschland einmal ein gutes Geschäft machen könnte. Er sei auf diese Erwägung verfallen, weil er je doch bei der Theilnahme Afrikas eigentlich zu spät gekommen wären und nur einige der am wichtigsten gerechneten Stücke erwirbt hätten, deren Ausnutzung und Ueberließ, jamaal wir dort gleiche Grenzen hätten, durch den Reib und die Concurrenz anderer unserer Nachbarn ständig erschwert werden würde. Sein Ideal eines deutschen Colonialreichs, so setzte Fürst Bismarck weiter auseinander, sei der Besitz eines Landes, in dem wir die Deutsche ganz unter sein könnten. Ein solches Idealland ist Madagaskar. Hier wäre Frankreich zwar stark engagirt, aber es könnte immerhin noch im Bereiche der Möglichkeit für eine weise Staatskunst liegen, die Franzosen zum Verzicht auf Madagaskar zu Gunsten Deutschlands zu bestimmen, und zwar durch eine weitläufige diplomatische Action, welche zugleich die europäischen Beziehungen beider Staaten wohlthätig beeinflussen könnte. Auf die neugierige Frage, mit welchen Mitteln und Wegen dies eventuell zu geschieden hätte, entwickelte der Reichskanzler Folgendes: Wir überlassen den Engländern ganz Deutschafrika, wofür diese den Franzosen Concessionen in Egypten machen müssen; die Engländer werden sich dazu bereit finden lassen, weil sie sich auf die Dauer doch um ein gewisses Maß von Jugentbüchsen nicht herumdrücken können. Außer diesem weitläufigen Vermittlerdienst könnten wir dann den Franzosen noch eine ganz kleine Grenzregulirung in Ostafrika bewilligen, welche die Schwere an der Seine zum Schweigen bringen und den Nationalstolz unserer westlichen Nachbarn billig befriedigen würde. Frankreich hätte uns dafür vorbehaltlos alle Besitzrechte an Madagaskar abzutreten und England würde sich damit ausbräulich einverstanden erklären.

Wie Jahre lang vergangen, seit der Reichskanzler plaudernd seinen Gästen dieses coloniale Phantasiebild vortrug, ein Projekt, dessen geniale Gründung ganz und gar den kühnen Staatsmann kennzeichnet. Dazwischen fügte der Fürst damals hinzu, er würde selbstverständlich diese Idee auch im vertrauten Kreise nie

entwickelt haben, wenn auch nur die geringste Aussicht auf die Verwirklichung bestände; ihm selbst sei keine Gelegenheit mehr dazu geboten, und auch das schönste Project könne zu Wasser werden. Heute, nachdem Frankreich in einen langwierigen Colonialkrieg auf Madagaskar verwickelt ist, kann das Ende vomiede natürlich nur sein: Madagaskar bleibt französisch.

## Neue Gesichtspunkte in der Frauenbewegung.

So lautet das Thema, über das Fräulein Bange aus Berlin auf dem Allgemeinen deutschen Frauencongreß in Frankfurt a. M. im Gegenwart der Kaiserin Friedrich einen sehr interessanten Vortrag hielt, in dem die Rednerin etwa Folgendes ausführte:

Das intellectuelle und moralische Gewissen des Volkes habe die Frauenfrage als einen Bestandteil der socialen Frage erkannt. Die Roth der Zeit zwang zu dieser Erkenntnis und zu der Concession, der Frau ethische Vertheilungen außer dem ethischen Wirken zuzugestehen. Zieht man die Konsequenz, so wäre der Kernpunkt der Frauenfrage nur die Abwehr der blauen Noth. Eine andere Theorie will die Frauenfrage auf die Unterwerfung der Frau in der Ehe zurückführen und durch Frauenverpflichtung innerhalb der Ehe lösen. Wie bei allen Paradoxen, so liegt auch hier eine ernste Wahrheit zu Grunde. Aber es wird übersehen, daß gerade die Zusammenarbeit von unverheirateten und verheirateten Frauen zur Lösung der Frauenfrage nöthig ist. Auch den Zusammenhang der Frauenfrage mit dem Verhältniß der Geschlechter erörterte die Rednerin mit dem Verstande. Nicht die Scheu vor der Ehe, sondern nur die Scheu vor der Verantwortung ist bei den heutigen Frauen größer geworden; den Zug der Geschlechter zu einander, das Mächtigste in der Menschheit, leugnen die Frauenrechtlerinnen durchaus nicht. Die Vortragende berichtete auf eine Standrede an die deutschen Chinesen, etwa des Inhalts, daß die Frau im Hause als Planer des Mannes unterstellen müsse, während um sie herum als Treibanten maniere Kinder rotiren, und daß die Frau die häuslichen Tätigkeiten pflegen solle, die wir in Deutschland in Erbpacht genommen haben, denn die Dinge sind nicht so gestaltet, daß diese Frauen nebenbei auch den Beruf des Mannes übernehmen können, als Arztin, Lehrerin oder Krankenpflegerin, die wir für die Frauenwelt aus Gründen der Gesundheit und Weltung beantragen. Diese Verträge erfordern die ganze Person, nicht nur ein paar Stunden Nebenbeschäftigung, es sei denn, daß es sich um gentiale Naturen handelt, die mit Recht nur dem Geheir der eigenen Schwere folgen. Durchschmittstagen werden beispielsweise nicht-Entwickeltes literarischer oder künstlerischer Art leisten können, falls sie gleichzeitig auf den Suppentopf achten oder ein Accompaniment von Kinderorgeln in den Kauf nehmen sollen. Außerdem ist nicht zu vergessen, daß bei uns keinerlei Arbeit auf unbefähigte Hände wartet und daß die etwa sechs Millionen Chinesen, die etwa noch „nebenbei“ die Concurrenz verschärren wollten, ebensowenig schamlos lucrative Arbeit finden würden, wie der pliantropische Wunsch je in Erfüllung gehen wird, daß mündigste zum Mittagbrot ein gutes Beetfleisch mit obglatter halber Flasche Rotwein haben müsse. Das gegen Können die Chinesen an der Vorbild einer einfachen Lebensweise ihren verdienstlichen Antheil an der Lösung der socialen Frage nehmen. Die Theilnahme an der öffentlichen gemeinnützigen Arbeit der Frauen zur Hebung ihres Geschlechts über zur Einberung der naekten Noth unserer Tage, die Theilnahme am Gemeinwohl ist leider noch nicht durchweg ein Genußbedürfniß unserer bestehenden Frauenkreise. Die geseitigen Verpflichtungen gehen da oft den socialen vor. Die Kinder wachsen auf im Hochmuth, statt daß ihnen das sociale Gemeinwohlgefühl von vornherein anergeben wird. Mit Wohlthätigkeitsarbeiten und ähnlichen Berufenstellungen ist nicht gethan. Es bleibt in allen Beziehungen der dem alten Geschichtspunkt, den der Frauenverein von je vertrat, daß nämlich die Frau Gleichberechtigung haben müsse mit dem Mann. Soll die Frau ihre Pflicht gegenüber der Menschheit erfüllen dürfen? Das ist eigentlich im höchsten Sinne die Frauenfrage. Das Recht auf die eigene sittliche Verantwortlichkeit, proclamiert vom Christenthum, muß aus den religiösen auf die verschiedenen socialen Gebiete übertragen werden. Unser Jahrbuch ist im Begriff, diesen Vorgang in die Wege zu leiten. In der Frauenfrage freilich stehen wir noch im Anfang. Es gilt, der Frau Gleichheit vor dem Gesetz, Möglichkeit voller geistiger Auszubildung, Theilnahme an Berufstätigkeiten, am Kampf gegen Unmännlichkeit und Unsittlichkeit zu sichern. Es gilt aber vor allem, die Frau tüchtig für diese Aufgaben zu machen. Der Weg geht durch Dörnen und Geßtrüpp, er ist kein bequemer Weg, ihn können keine Dilettanten gehen. Den Schlüssel zur Lösung großer Culturaufgaben bleibt stets nur die Idee.

## Deutschland.

**Ueber Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Kaiser und dem Prinzen Heinrich machen englische Blätter Mittheilungen, und sie fügen hinzu, daß diese Controverse die Ursache des Urlaubes der Prinzessin Helena gewesen sei. Einzelne Blätter weisen auch von Veröhnungsdurchsuchen zwischen den beiden Höfen Versprechungen zu erzählen und behaupten, die Königin von England sowohl wie die Kaiserin Friedrich hätten in der Richtung sich sehr eifrig bemüht, ohne aber bisher einen Erfolg zu erzielen. Ueber den Grund des angeblichen Zwistes geben die Mittheilungen auseinander. Während v. D. die „Daily News“ sich berichten lassen, entscheidende Fragen der Biotenorganisation seien der Ausgangspunkt der Differenz gewesen, wissen andere Blätter ganz genau Einzelheiten über den Disput zu verlautbaren und stellen die Sache so dar, als ob der Nord-Ostsee-Canal und seine strategische Verwendung im Grundsätze das Object der Meinungsverschiedenheiten der beiden Fürstlichkeiten gewesen sei. Wir geben diese Mittheilungen wieder, weil sie nun einmal von englischen Blättern gebracht worden sind und vermutlich noch weiter die Oeffentlichkeit beschäftigen werden. Und erscheinen sie als eitel Gerede der englischen Sensationpresse. Daß die Beziehungen zwischen dem Kaiser und seinem Bruder nach wie vor die herzlichsten sind, geht u. a. auch daraus hervor, daß Beide gemeinsam am 18. October in Strahburg im Reichspalast Wohnung nehmen werden und Prinz Heinrich demnächst zum zweiten Mal das Danziger Leibbureau-Regiments ernannt werden soll, dessen erl. Ober der Kaiser ist.**

**Der Kaiser verließ am Freitag Abend Rominen, um die Reise nach Jagdschloss Hubertusburg anzutreten. In Oberwalde wird der Kaiser mit der Kaiserin zusammenzutreffen.**

**Der Reichstag soll nach einer der „Schles. Ztg.“ aus Berlin zugehenden Meldung am 12. November d. J. zusammenzutreten.**

**Ueber seine Beziehungen zum Fürsten Bismarck soll Herr v. Hammerstein, wie der „Vorwärts“ mittheilt, am 6. November 1888 vor seinen Wählern in Stolp geschürt haben: „Als ich**

man mich 1878 wählte, machte man mir den Vorwurf, ich stehe gegen Bismarck. Als meine Wähler mich 1881 in den Reichstag schickten, da verließ mich der Reichskanzler telegraphisch nach Berlin und besprach sich dort mit mir zwei Tage lang; er beglückwünschte mich zu meiner Wahl und hieß mich willkommen als Mitglied des Reichstages, weil ich der beste Vermittler zwischen den Conservativen und dem Centrum sei. Wir besprachen weiter die Organisation der conservativen Partei und wie dem Culturkampf ein Ende zu machen sei. Ich fügte das nur an, um zu zeigen, daß man andere Wege gehen kann und doch auf dem richtigen Wege ist ...

**Ueber Hammerstein's Reisefronte will der „Vorwärts“ erfahren haben, daß Herr v. Hammerstein sich schon seit einiger Zeit in Havre auf einem Salonbauwerk der Compagnie Transatlantique eingeschiffet hat. Man nimmt nun an, daß er sich dort nach Washington gewandt habe, wofür ein Verordner von ihm (Herr Legationsrath v. Kettler) im Reisedienste thätig ist. — Herr v. Kettler wird über diesen Besuch sicherlich nicht sehr erbaunt sein.**

**Der Herr Stöder war bekanntlich von dem Führer des conservativen Nordvereins in Berlin, Professor Dr. Breder, ein bemerkenswerther „Mangel an Offenheit und Wahrheitsliebe“ nachgesagt worden, von dem Stöder ihm, Breder, einen „starren Beweis“ gegeben. Herr Stöder protestirte dagegen und verlangte Beweise für diese Behauptung. Hierauf veröffentlichte Herr Breder in der „Nordb.“ folgende Erwiderung:**

„Auf die „Erklärung“ des Herrn Hofpredigers a. D. Stöder in Nr. 282 des „Volks“ habe ich folgendes zu erwidern: Ich bin bereit, der Aufforderung des Herrn Hofpredigers a. D. zu genügen, die Thatfachen anzuführen, auf welche sich mein Urtheil über ihn stützt. Ich werde gern vor Gericht Rede stehen. Dann kann er mir ja auch die nöthige Erklärung zu der Behauptung geben, daß ich „zu den Anlagen, die eine ehrliche Presse“ gegen ihn richtete, „auch meinen Beitrag“ geleistet habe. Seine wiederholten Sideliten auf meinen Stand als Lehrer, offenbar um diesen und mich herabzusetzen, kann ich in Herrn Stöder's eigenem Interesse nur bedauern. „Klinder Dab“ ist mir gänzlich fern; nur weil ich wegen des Ausbruchs meiner Ueberzeugung in der bestimmten Weise rüchsiglos angegriffen wurde, sah ich mich genöthigt, Dinge zur Sprache zu bringen, über die ich 10 Jahre hindurch rüchsiglos geschwiegen hatte.“

Die „Frei. Ztg.“ bemerkt dazu: Eine gerichtliche Auseinandersetzung kommt dem Hofprediger a. D. aber sehr ungelegen. Das „Volks“ erklärt, daß zu einer gerichtlichen Auseinandersetzung die juristische Grundlage fehle. Die Angelegenheit geböre vor den Parteirat. — Der Vorwurf eines „bemerkenswerthen Mangels an Offenheit und Wahrheitsliebe“ dürfte schon eine genügende juristische Grundlage bieten. Aber Herr Stöder denkt an seine früheren Erfahrungen vor Gericht und verzichtet auf gerichtliche Klarstellung.

**Der bayerische Landtag setzte am Freitag die Besprechung der Interpellation Dr. Schädlers, betreffend die Vorgänge in Fuchsmühl, fort. Der Ministerpräsident Freiherr v. Crailsheim erklärte, man könne das Ministerium schwerlich für Handlungen untergeordneter Organe, von denen es nicht rechtzeitig benachrichtigt worden sei, verantwortlich machen. Wir leben in einem Rechtsstaate, wo die Selbsthilfe verboten ist und der Schutz des privaten Eigenthums die erste Pflicht der Behörden ist. Der Bezirksamtmann habe pflichtgemäß gehandelt. Wenn ein Abgeordneter aus der Vermittelung des Regierungspräsidenten im Falle Stern eine Parteilichkeit der Regierung folgere, so beweiße gerade der auf das Gutachten des Ministerpräsidenten erfolgte abschlägige Beschluß des Landtags dessen Unparteilichkeit. Die Frage der Revision der bestehenden Gesetze, darunter auch des Fuchsgesetzes, bedarf einer ernstlichen ruhigen Prüfung, welche in Gemeinschaft mit der Kammer vorzunehmen die Regierung gern bereit ist. Minister v. Feilitzsch wies darauf hin, daß der Bezirksamtmann bis zum letzten Augenblick sein Möglichstes zur Erhaltung des Friedens gethan habe. Die Hauptpflicht an den unglücklichen Ereignissen bleibe der seitens der Fuchsmühl geleistete Widerstand. Finanzminister v. Riebel bezeugte eine Abänderung der Lebensgesetze unter der Regenschaft nach der Verfassung als unmöglich; dagegen werde eine Reform der Bestimmungen über die Bildung von Naturalleistungen ernstlich erwogen. Der Finanzminister tritt lebhaft für das Verhalten der Führer und Mannschaften ein. Zweifellos sei passiver und activer Widerstand geleistet worden. Der Justizminister weist sodann die Behauptung zurück, daß durch verschiedene einander widersprechende Urtheile Rechtsunsicherheit entstehe. So lange es verschiedene Instanzen gebe, können verschiedene Urtheile nicht ausbleiben.**

**Der zweite Weineidproceß gegen den Alexanderbruder Jrenaus fand am Freitag in Aachen statt. Es waren 22 Zeugen geladen. Der Angeklagte soll am 4. Juni im Weingebirge einen wissenschaftlichen Weineid geleistet haben durch die Verhörung, Jrenaus habe bei einem Ausflug nach der Gartenwirtschaft Meulingenhäuschen die Tochter der Witwe Schumacher umarmt, ohne sie zu küssen. Der Angeklagte beharrt dabei, den Vorgang gesehen zu haben. Da die Zeugenaussagen das Gegentheil nicht erweisen konnten, wurde Bruder Jrenaus, gemäß dem Antrage des Staatsanwalts, ebenfalls freigesprochen.**

**Die Wirthschaftsperre in Münster.** Wie schon telegraphisch mitgetheilt, herrscht in Münster große Aufregung, weil die Polizei sich die Schließung aller Wirthshäuser sammt und sonders, vom größten bis zum kleinsten, um 11 Uhr Abends zur Aufgabe gestellt (selbstredend mit Ausnahme der Gasthöfe, aber nur ihren Logirgästen gegenüber). Am Montag Abend 11 Uhr erfolgte nach und nach die Räumung sämtlicher Locale. Dem Centralhof als einzige Ausnahme war in Folge eines stattfindenden Concerts ausnahmsweise bis 12 Uhr Polizeitunde bewilligt und hier entspann sich nun nach 11 Uhr Abends ein lebhaftes Leben und Treiben. Immer neue Scharen der anderwärts angetroffenen Biertrinker jogten zum Centralhof und die bekannnten patriotischen Rieder trönten aus lautem Männergeheul. Doch auch im Centralhof wurden bald die Feuerhunde, Bier gab's nicht mehr, die Lichter wurden gelöscht, beziehungsweise verlesenen, und der Wirth bat um Aufbruch. Die Volksmenge strömte zum Prinzipalmarkt und gab hier in Liedern von der Freiheit, die sie meinte, und durch Schreien nach Bier ihren Gefühlen lebhaften Ausdruck. Was konnte die ganze aufgebotene Polizei gegen die dem Centralhof gegenüber ausgesprochenen Protesten? Was nützte die einzelnen vorgenommenen Verhaftungen und das Fortführen angegebener und harmloser Leute? Jede Verhaftung wurde mit lautem Durrauf und lebhaftem Brava begrüßt und immer wieder sang man das Lied von der Freiheit. Da plötzlich ein Ruf — zur Regierungshausen, hier wieder die Rieder, vermischt mit Pfeifen und Johlen und lauten Rufen nach Bier! Die Polizei räumte schließlich den Platz und an anderer Stelle sammelte sich die Volksmenge wieder. Bis gegen halb 8 Uhr hat sich die Polizei mit Bestreunung der Ansammlungen befaßt. Der Dienstag Abend hat keine nennenswerthe Demonstration gebracht. Der Markt mit Umgegend trugen nach 11 Uhr ein stilles, friedliches Gepräge. Auch auf dem Dampplatz bei der königlichen Regierung war Ruhe. Einen Sturm der Begeisterung rief zur späten Stunde (d. h. vor 11 Uhr) in allen Biers- und Weinalocalen die Nachricht hervor, die Stadtverordneten hätten fast einstimmig den Beschluß gefaßt, den Magistrat zu ersuchen, bei der Polizeibehörde Klaffung zu